

Rukwied fordert Unterstützung bei Anpassung an den Klimawandel

Landwirte reagieren längst und stellen ihre Anbausysteme um – Politik muss Weg für neue Züchtungsmethoden freimachen und steuerfreie Risikoausgleichsrücklage einführen



Dieses Foto stammt aus dem August 2019: Der Mais konnte seine Kolben nicht ausbilden.

Mit Blick auf die Folgen des Klimawandels hat der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, weitergehenden Anpassungsbedarf für die Landwirtschaft eingeräumt, dafür aber auch politische Unterstützung eingefordert. Bei der Vorstellung der DBV-Erntebilanz 2019 am 23. August in Berlin stellte Rukwied fest, dass die extreme Witterung der letzten drei Jahre die agronomischen Herausforderungen für die Bauern deutlich gemacht habe. Der Wechsel zwischen heißen, trockenen und feuchten Jahren erschwere zwar die Anpassung.

Ungeachtet dessen reagierten die Bauern mit der Aussaat stresstoleranterer Sorten sowie wasser- und klimaschonenden Anbaumethoden wie der Mulchsaat oder der Aussaat humusanreichernder Zwischenfrüchte. Der DBV-Präsident nahm in diesem Zusammenhang die Landwirte gegen Kritik in Schutz. Diese hätten das Thema lange vor der aktuellen Klimadebatte in den Fokus genommen und bereits 2010 erste Lösungsansätze präsentiert. Zudem habe der Bauernverband schon Anfang 2018 eine eigene Klimaschutzstrategie mit klaren Zielen und Maßnahmen vorgelegt.

Nach Rukwieds Überzeugung können die Bauern die klimatischen Herausforderungen aber nicht allein aus eigener Kraft stemmen. Sie sind ihm zufolge beispielsweise auf die neuen Züchtungsmethoden angewiesen, um schneller als auf konventionellem Wege zu besser angepassten Kulturen zu kommen.

Zugleich sei es aber „höchste Zeit“ für Entlastungen auf der unternehmerischen Seite, betonte der Verbandspräsident. Er bekräftigte seine Forderung nach Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage, aber auch nach günstigen Mehrgefahrenversicherungen. Diese benötigten allerdings zumindest in der Anfangsphase eine Kofinanzierung durch die Politik, um den notwendigen Kapitalstock zu schaffen, erklärte Rukwied.

Auch der agrarpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Dr. Gero Hocker, nimmt die Bundesregierung beim Thema Ausgleichsrücklage in die Pflicht.

Landwirte keine Bittsteller

Laut Hocker zeigt die Erntebilanz des Bauernverbandes, dass Landwirte durch den Klimawandel vor immense Herausforderungen gestellt werden, wobei die Bundesregierung es nach seinen Worten „wieder verschlafen hat“, den Landwirten mit den neuen Züchtungsmethoden und einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage eigenständige Lösungen zu ermöglichen. Der FDP-Politiker hat kein Verständnis dafür, dass „Landwirte in regelmäßigen Abständen manisch auf die Politik schauen müssen, damit die diese Mittel bereitstellt“. Landwirte sind für ihn eigenständige Unternehmer, die zurecht stolz auf ihre Arbeit sein können. Eine erzwungene Bittstellerposition, damit Politik alle Jahre das Gnadensbrot verteilen könnte, nütze vielleicht der Bundeslandwirtschaftsministerin, werde dem Berufsstand aber nicht gerecht, monierte Hocker. Deshalb müssten Innovationen und eigenständiges Liquiditätsmanagement politisch zugelassen werden, auch damit die Bauern im Wettbewerb bestehen könnten.